



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 12.01.2023  
*öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder**

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender
Marion Krischok	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	Vertreter für Frau Krimmling-Schoeffler
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dörte Jacobi	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Johannes Menke	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Silke Burkert	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
	Teilnahme bis 19 Uhr
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
	Teilnahme bis 18:31 Uhr
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner
Holger Krause	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
	Teilnahme bis 19 Uhr
Jannik Balint	Sachkundiger Einwohner
Arian Michael Sudau	Sachkundiger Einwohner

### **Verwaltung**

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Daniel Zwick	Leiter DLZ Klimaschutz
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Steffen Johannemann	Leiter Abteilung Umweltrechtlicher Vollzug
Felix Bürger	Leiter Abteilung Objektbetreuung
Wolfgang Piller	Leiter Abteilung Straßen- und Brückenbau
Uta Rylke	Stellvertretende Protokollführerin

### **Entschuldigt fehlten:**

Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin

zu **Einwohnerfragestunde**

---

zu **Fragesteller zum HHansatz TEP Abfallentsorgung**

---

**Der Fragesteller sprach zum HH-entwurf, Teilergebnisplan Abfallentsorgung.**

Zu gleichem Sachverhalt war er bereits in diesem Ausschuss am 03.11. und 01.12.2022 und hat sich mit der schriftlichen Antwort der Verwaltung vom 16.11.22 nicht ganz einverstanden erklärt.

Es ging um Seite 582 im HH-Plan, dort sind 94 TEUR Überschuss ausgewiesen. Er hat Vergleiche angestellt. Im Bereich Personengebühr stehen bei gleicher Menge 800 TEUR Kostenüberstand, im Bereich der Entsorgung (Verpackung etc.) ist ein Überschuss von 94 TEUR. Demzufolge muss der Zuschuss des dualen Systems an die Stadt entsprechend hoch sein.

Deswegen fragte er erneut:

Wie hoch ist der Zuschuss? Und wie erklärt man, dass bei gleichem Leistungsumfang im Teilergebnisplan die Summe halb so groß wie im Personengebührenbereich veranlagt ist und hier ein Überschuss besteht, während die Personengebühren ausgelastet werden. Welche Dinge werden insgesamt dem Bürger in Rechnung gestellt?

Er bat abschließend um Erläuterung des Sachverhaltes, dass bei gleichem Tun unterschiedliche Ergebnisse entstanden sind.

**Herr Rebenstorf** sagte eine zeitnahe Beantwortung zu.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Der Ausschussvorsitzende, Herr Raue**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsmäßige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Raue** sprach an, dass zum TOP 4.1 ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale) vorliegt. Weitere Ergänzungen und Änderungen gab es nicht zur Tagesordnung.

**Herr Raue** rief zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
  - 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.11.2022
  - 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 01.12.2022
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2022/04461
    - 4.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2023/05123
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Instandsetzung der Geh- und Radwege am Böllberger Weg  
Vorlage: VII/2022/04859
  - 5.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufbau eines Energiemanagementsystems  
Vorlage: VII/2022/04994
  - 5.3. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Qualifizierung des „Integrierten Dürreschutzkonzepts“, hier: Klimaangepasste Grünflächenpflege  
Vorlage: VII/2022/04853
  - 5.4. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erstellung einer Potenzialanalyse zur Nutzung von Abwärme von Rechenzentren  
Vorlage: VII/2022/04991
6. Mitteilungen
  - 6.1. Information zur Stellungnahme des Waldbeirates zur Bewirtschaftung der Halleschen Wälder  
Vorlage: VII/2022/05010
  - 6.2. Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2022/05066
7. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  - 7.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Fahrradständern am Riebeckplatz  
Vorlage: VII/2022/05056
  - 7.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Toiletten am Hallmarkt  
Vorlage: VII/2022/05055
  - 7.3. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Hindernissen für Rollstuhlfahrer:innen in der Stadt

Vorlage: VII/2022/05054

8. Anregungen

NÖ Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der  
9. Niederschrift

NÖ Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der  
9.1. Niederschrift vom 03.11.2022

9.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der  
Niederschrift vom 01.12.2022

10. Beschlussvorlagen

11. Anträge von Fraktionen und Stadträten

12. Mitteilungen

13. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

14. Anregungen

**zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung  
der Niederschrift**

---

**zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung  
der Niederschrift vom 03.11.2022**

---

Die Niederschrift vom 03.11.2022 wurde bestätigt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

**zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung  
der Niederschrift vom 01.12.2022**

---

Die Niederschrift vom 01.12.2022 wurde bestätigt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

**zu 4 Beschlussvorlagen**

---

**zu 4.1 Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2022/04461**

---

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Grün- und Freiraumkonzept**

**Frau Mischutin** und **Frau Trettin** führten anhand einer Präsentation in die Vorlage ein. Sie gliederten ihre Ausführungen in die Bereiche: Anlass und Aufgabe, Analyse und Bewertung der Freiraumsituation, strategische und räumliche Leitthemen, konkrete Maßnahmen, sowie Finanzierung.

*Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.*

**Herr Scholtyssek** sagte, dass die Begrünung der Altstadt begrüßenswert und das vorliegende Konzept sehr fundiert ist. Er sagte, dass die Beschlussvorlage wertende Aussagen beinhaltet, die sich auf sachfremde Sachverhalte beziehen. Dies betrachtet seine Fraktion kritisch. Er brachte in diesem Zug den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und warb um Zustimmung.

**Herr Aldag** sagte, dass das vorliegende Konzept sehr gut ist. Er bewertete die Maßnahme am Moritzzwinger als gut, da diese die alte grüne Promenade von früher entlang der Frankeschen Stiftungen wiederaufnimmt. Die Maßnahme am Salzgrafenplatz werde sich ebenso positiv auswirken. Er sagte, dass alle dargestellten Maßnahmen die Attraktivität der Innenstadt erhöhen werden.

Er fragte nach dem Zeitraum der Umsetzung, wie die Flächen im Nachgang gepflegt werden und wie dies finanziell gedeckt werden soll. Er empfahl, die Abteilung Stadtgrün mit diesen Aufgaben zu betrauen und diese auch wieder mehr zu verstärken, um die attraktiven Grünflächen optimal pflegen zu können.

**Frau Trettin** sagte, dass für die größeren Grünflächen ein höheres Erhaltungsbudget benötigt wird. Die kleinteiligen Flächen benötigen aber auch Pflege und Unterhaltung. Die dafür entstehenden Kosten sind noch nicht festgelegt. Die Umsetzung kann zeitlich noch nicht genau datiert werden, da dafür auch die finanziellen Mittel entsprechend zur Verfügung stehen müssen. Die im Plan dargestellten Zeiträume werden vorerst angestrebt.

**Frau Jacobi** fragte, ob die Maßnahmen in den nächsten vier Jahren umgesetzt werden.

**Frau Trettin** antwortete, dass für einen Teil der Maßnahmen bereits finanzielle Mittel zur Verfügung stehen und diese bis 2026 verausgabt werden müssen. Es gibt auch bereits angemeldete Fördermaßnahmen. Für den Schülershof wurden beispielsweise schon Gelder angemeldet. Sollten diese bewilligt werden, könnte der erste Abschnitt realisiert werden. Die Verwaltung würde für die nächste Städtebauförderperiode auch wieder Maßnahmen anmelden.

Sie sagte, dass die Verwaltung bereits den Domplatz, den Ulrichskirchhof und den Marktplatz in einem Sonderförderprogramm angemeldet hat. Anfang des Jahres entscheidet sich, ob Halle (Saale) dafür eine Förderung erhalten wird. Aufgrund dessen können keine festen Bauzeiten bekannt gegeben werden. Sie sagte, dass die Verwaltung sich bei allen möglichen Fördermaßnahmen bewerben wird, sollte der Rat dem Konzept zustimmen und dieses mittragen.

**Frau Jacobi** fragte, ob nur bei der Maßnahme Salzgrafenplatz die Hürde von privaten Flächen existiert.

**Frau Trettin** antwortete, dass das Konzept die Flächen aufweist, die im städtischen Eigentum sind. Die Eigentumsverhältnisse wurden vorab bei allen Maßnahmen geprüft. Die Problematik besteht nur bei der Maßnahme Salzgrafenplatz.

**Frau Jacobi** sagte, dass sie die Intention des Änderungsantrages nicht nachvollziehen kann. Der Änderungsantrag zeigt drei Passagen auf, die zu streichen sind. Das Konzept stellt den Status Quo dar und dieser gehört zu einem guten Konzept. Sie sprach sich gegen den Änderungsantrag aus.

**Herr Raue** sagte, von der Beschlussvorlage enttäuscht zu sein. Diese spiegelt lediglich eine stückweise Umsetzung der autofreien Innenstadt wieder, welche durch einen Bürgerentscheid abgelehnt wurde. Er sagte, dass die wegfallenden Parkplätze am Schülershof, Domplatz, Friedemann-Bach-Platz und Hallorenring die Wirtschaft erheblich belasten werden, insbesondere den Einzelhandel und die Dienstleistungsbranche in der Innenstadt. Die Erreichbarkeit der Geschäfte durch Kunden, die Erreichbarkeit von Unternehmen durch ihre Mitarbeiter, das Ein- und Auspendeln ist nicht einfach.

Für ihn ist das Konzept nicht zukunftsweisend, sondern spiegelt eine Verödung der Innenstadt wieder. Er sagte, dass Wirtschaftsgüter abzuwägen sind und in dem Zuge der Erhalt von Parkplätzen in der Innenstadt prioritär zu betrachten ist. Ein Wirtschaftsgut ist der Erhalt einer Innenstadt, die auch ökonomisch überleben kann, gerade auch im Wettbewerb mit dem Onlinehandel. Es geht auch das Zusammenspiel der einzelnen Marktteilnehmer verloren. Er sprach den Einzelhandel, Gaststätten, die ambulanten medizinischen Dienste und den Kulturbereich an. Wenn die Erreichbarkeit für die Kunden genommen wird, verwundert es nicht, dass Halle eine der ärmsten Städte ist. Ein Wachstum ist nicht richtig sichtbar.

Er sprach sich deshalb gegen die Beschlussvorlage und für den Änderungsantrag der CDU-Fraktion aus. Das Gesamtkonzept kann nur abgelehnt werden.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass dem Einzelhandel in der Innenstadt nicht geschadet wird, wenn der eine oder andere Stellplatz wegfallen wird. Diesbezüglich habe er schon ausführlich im Wirtschafts- und Planungsausschuss Stellung bezogen. Die baurechtlich gesicherten Stellplatzanlagen werden erhalten bleiben.

**Frau Dr. Burkert** lobte die Beschlussvorlage. Eine grünere Innenstadt, die im Sommer kühler ist, entspricht auch dem Wunsch der Bevölkerung. Eine Stadt besteht nicht nur aus Einkaufsmöglichkeiten, sondern dient auch dem Wohlfühlaspekt und zu diesem gehören schlichtweg auch schattige Plätze. Sie sprach sich für die Vorlage aus.

Sie fragte, ob die Aufstellung von Trinkbrunnen Berücksichtigung findet und ob eine Einbeziehung der Citygemeinschaft erfolgt ist und die Anwohnerschaft der Innenstadt zur Bewässerung miteinbezogen werden kann. Sie fragte weiter, ob Zisternen vorgesehen sind, um die Versickerung von Wasser mehr nutzen zu können.

**Frau Trettin** sagte, dass sowohl Zisternen und die Einbeziehung der Anwohnerschaft vorgesehen ist. Sie sagte, dass die Thematik Trinkbrunnen betrachtet wird. Es wird geschaut, ob bei vorhandenen Brunnenanlagen die Technik aufgearbeitet werden kann, sodass eine Erweiterung um einen Trinkbrunnen möglich ist. Dies wäre auf dem Marktplatz zum Beispiel möglich. Die Aufstellung von zusätzlichen neuen Trinkbrunnen wird geprüft.

Sie sagte weiter, dass zum Beispiel im Bereich Schülershof eine Beteiligung der Anwohnerschaft erfolgen wird, um deren Wünsche an das Quartier in Erfahrung zu bringen. Bei der Maßnahme Kleine / Große Klausstraße wird sich auch mit der HWG als

Wohnungseigentümerin ins Benehmen gesetzt. In dem Maße erfolgt eine Beteiligung. Die Citygemeinschaft ist ebenso miteinbezogen gewesen.

**Herr Menke** sprach sich für die Vorlage aus und sagte, dass diese ein Schritt in die richtige Richtung ist, da Innenstädte von Großstädten nicht mehr wie früher funktionieren. Man muss die Innenstädte attraktiver gestalten, damit die Kundschaft in die Innenstädte kommt, nicht nur des Einkaufens wegen, sondern auch, weil diese für sie ein Erlebnis sind. Bezüglich der großen schwarzen Flachdächer regte er an, diese mit weißen Flachdachplanen nachzurüsten beziehungsweise diese weiß zu beschichten.

**Frau Trettin** sagte, dass diese Überlegung auch Bestandteil der Konzeption für den Schülershof ist.

**Frau Krischok** sagte, sich mehr Mut bei der Maßnahme Marktplatz gewünscht zu haben. Hier hätte man auch die Flächen der Gastronomie mit einbeziehen können. Sie fragte, ob bei der Erteilung der Sondernutzung für Außengastronomie Auflagen hinsichtlich mehr Grün erteilt werden können. Sie fragte weiter, ob die Fläche am Roten Turm aufgrund des Denkmalschutzes weniger einbezogen werden kann und nach näheren Informationen bezüglich der Pflanzkübel im Bereich des Neubaus der HWG.

Sie sagte weiter, dass der Hof des Stadtmuseums nicht sehr klimafreundlich ist.

**Frau Krischok** fragte, ob die Stadt etwas zur Begrünung und damit klimafreundlicheren Gestaltung des Hofes des Stadtmuseums geplant hat.

**Herr Rebenstorf** sagte, die Frage zum Stadtmuseum an den zuständigen Geschäftsbereich weiterzuleiten. Er sprach an, dass man sich bezüglich des Neubaus der HWG an der Ecke Commerzbank Gedanken machen wird. An der Fläche, wo die Kübelbäume aufgestellt sind, befindet sich eine „imaginäre Baulücke“. Ziel des Städtebaus ist es nach wie vor, die Raumkante am Marktplatz wiederherzustellen. Das Grundstück selber ist noch in Besitz eines privaten Dritten. Die Gespräche dazu laufen. Ziel ist eine gemeinsame Lösung für beides.

Er sagte, dass das Wettbewerbsergebnis flexibel gestaltet war, dass man an Stelle der Wand eine vernünftig gestaltete Fassade hätte, die zwar keine Fenster hat, aber von da aus man weiterbauen könnte. Man möchte die Ecke derart gestalten, dass kein wildes Pinkeln mehr erfolgt.

Er sagte weiter, dass die Thematik der Außenflächen von Gastronomie hinsichtlich der Frage, welche Gestaltungselemente im öffentlichen Raum gewünscht sind (Sonnenschirme, Umrandungen von Freisitzen, Mülltonnen), betrachtet wird. Diese Themen gehören aber nicht in ein Gestaltungskonzept für den öffentlichen Raum. Diese Thematik muss gesondert betrachtet werden.

Bezüglich des Roten Turms sagte **Herr Rebenstorf**, dass auf der Straßenbahnseite keine Möglichkeiten bestehen, da die Fläche zu klein ist.

**Herr Krause** fragte, ob Kunst im Raum konzeptionell mit einbezogen werden könnte.

**Frau Trettin** antwortete, dass gerade in der Altstadt Kunst im öffentlichen Raum gut vertreten ist. Bei größeren Anlagen würde sich eine Einbeziehung gut machen. Viele der hier vorgeschlagenen Maßnahme sind bereits gut versorgt.

**Herr Schied** bezog sich auf die Äußerung zur Wirtschaftsfeindlichkeit. Er sagte, dass es bestimmte Entwicklungen im Handel gibt und der Aspekt der Aufenthaltsqualität nicht konform mit Parkplätzen ist.

**Herr Streckenbach** bezog sich auf den Änderungsantrag seiner Fraktion und sagte, dass das Konzept der Verwaltung Parkplätze streichen will, es für diese wegfallenden Stellplätze aber keine Alternativen gibt.

**Herr Raue** sagte, nicht per se gegen Grünflächen zu sein. Es muss nur abgewogen werden, welches Gut wichtiger ist.

**Herr Krause** merkte an, dass sich die Qualität der Stadt Regensburg dadurch auszeichnet, dass die Innenstadt autofrei geworden ist. Vielleicht zeichnen sich innovative Städte dadurch aus.

**Herr Scholtyssek** bezog sich auf die Maßnahme am Moritzzwinger und fragte, ob erst die Ersatzparkplätze geschaffen werden und dann die Grünfläche. Er fragte weiterhin, ob eine Verbreiterung des jetzigen Radweges angedacht ist, da sich Fußgänger und Radfahrer aktuell immer gegenseitig behindern.

**Frau Trettin** sagte, dass ein zusätzlicher Fußweg entstehen wird und eine Trennung zwischen Fuß- und Radverkehr vorhanden sein wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Raue** bat um Abstimmung.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Grün- und Freiraumkonzept  
Altstadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2023/05123**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt folgende Änderungen im Konzept:

- 1) Seite 15, dritter Absatz:  
~~Ebenso stellt das Parkhaus Händelhauskarree mitten im Stadtzentrum ein Problem dar, weil es zu einem spürbaren Kfz-Verkehrsaufkommen in Straßen mit dichtem Fuß- und Radverkehr führt.~~
- 2) Seite 29, letzter Absatz:  
~~Um dies zu erreichen, ist bei der Planung das einschlägige Regelwerk konsequent anzuwenden.~~
- 3) Seite 30, zweiter Absatz:  
~~Umnutzung von Kfz-Infrastrukturen~~

~~Nach Möglichkeit sollen bestehende Flächen des Kfz-Verkehrs, insbesondere Parkplätze, reduziert bzw. verlagert und zu attraktiven, begrünten Freiflächen mit Mehrfachnutzung (Radfahren, Gehen, Aufenthalt etc.) umgestaltet werden (z. B. am Jerusalemer Platz, im Schülershof, auf dem Friedemann-Bach-Platz oder am Altstadtring). Zu berücksichtigen sein wird dabei das Ganzheitliche Mobilitätskonzept der Stadt (noch in Bearbeitung). Mehr Carsharing-Angebote können zudem helfen, den Bedarf an Pkw-Stellplätzen im Untersuchungsraum zu reduzieren.~~

**zu 4.1 Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2022/04461**

---

**Abstimmungsergebnis:**  
**Beschlussvorschlag:**

**mehrheitlich zugestimmt**

Der Stadtrat beschließt im Rahmen der Klimaanpassung das Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale) als Handlungsgrundlage für die Freiraumentwicklung im Halleschen Stadtkern.

---

**zu 5      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1      Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Instandsetzung der Geh- und Radwege am Böllberger Weg**  
**Vorlage: VII/2022/04859**

---

**Herr Aldag** führte in den Antrag ein und begründete diesen.

**Herr Rebenstorf** sprach an, dass sich einiges bautechnisch in dem Bereich getan hat und Herr Piller anhand einer Fotodokumentation, welche bereits im Planungsausschuss gezeigt wurde, dazu ausführen wird.

**Herr Piller** führte zu den Baumaßnahmen in dem genannten Gebiet aus.  
*Die Präsentation konnte aufgrund technischer Probleme in dem Moment noch nicht gezeigt werden.*

**Herr Menke** stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung, da offensichtlich der Antrag einen Bauzwischenstand beschreibt, der jetzt schon nicht mehr existiert und weiter gebaut wird. Das Ziel des Antrages ist damit schon in Bearbeitung und damit erledigt.

**Herr Aldag** widersprach diesem GOA und bat darum, die heute anvisierte Präsentation der Verwaltung abzuwarten, dann kann im Anschluss immer noch der GOA gestellt werden.

**Herr Raue** rief zur Abstimmung des vorliegenden GOA von Herrn Menke auf.

**Abstimmung zum GOA:**

**mehrheitlich abgelehnt**

Damit wurde die Diskussion fortgesetzt.

**Herr Piller** führte anhand der Fotodokumentation aus und erläuterte die einzelnen Baumaßnahmen. *Diese Präsentation ist in Session hinterlegt.*

**Herr Aldag** dankte für die Präsentation und sagte, dass dies zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht so klar war und jetzt wohlwollend zur Kenntnis genommen wird, dass die Verwaltung hier vorangegangen ist. Da er nicht allein entscheiden kann, ob der Antrag zurückgezogen werden kann, bat er um Abstimmung zu dem Antrag. Bis zum Stadtrat wird durch seine Fraktion entschieden, wie mit dem Antrag weiter verfahren wird.

**Frau Jacobi** fragte, was mit der östlichen Seite passiert. Außerdem wollte sie wissen, ob dokumentiert wird, wer für die Beseitigung der Schäden verantwortlich ist.

**Herr Piller** antwortete, dass die HAVAG Maßnahmeträger ist.  
Es ist ein sehr komplexes Projekt, wo auch wöchentliche Bauberatungen durchgeführt

werden. Dort sind ständig Kontrollen. Der anfängliche Vorwurf, dass dort viel durch die Baustellentätigkeit kaputtgegangen ist, hat sich nicht bestätigt.

Vom Grundsatz her nimmt man die Fahrspur als Baustraße mit gesperrtem Abschnitt und die Seitenbereiche wurden oftmals als Lagerraum für Baustellenmaterial genommen. Radlager und Bagger sind nicht über Geh- und Radwege gefahren. Zerstörungen, die durch Baufirmen bedingt waren, sind wenig aufgetreten. Es werden viele Leitungen verlegt.

Auf der Ostseite wird dies ebenfalls bedingt so gemacht werden, dass dies in Beobachtung gehalten wird und in Abhängigkeit der Sanierungsmaßnahmen dann noch nachzuziehen ist.

**Herr Schied** sagte, dass die Präsentation zeigt, dass der Weg instandgesetzt wird. Wenn man weiß, wie viel finanzielle Mittel für Instandsetzungsarbeiten in der Stadt zur Verfügung stehen, kann man froh sein, dass der Fahrradweg jetzt so gemacht wird, dass er gut befahrbar ist. Deswegen empfahl er der Fraktion, den Antrag zurück zu nehmen, da dieser aus seiner Sicht erledigt ist, ansonsten würde er diesen ablehnen.

**Herr Aldag** regte an, dass, wenn man auf die Ostseite geht, dann von den Erfahrungen der Westseite profitiert und im Vorfeld schaut, wie dies sinnvoll gestaltet werden kann. Für ihn ist es nach wie vor ein „Sammelsurium“ an Materialien, was unschön ist, wenn der Rest des Straßenkörpers neu gemacht wird. Hier hätten Mittel eingestellt werden müssen, um gleich die Zwischenstücke zwischen den Kreuzungsbereichen mitmachen zu können. Bei den nächsten Bauvorhaben muss geschaut werden, dass für so etwas städtische Mittel zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Rebenstorf** wies darauf hin, dass das „Sammelsurium“ unterschiedliche Oberflächenbelege hat. Dann wäre dies ein neues Projekt und es würde von viel Geld gesprochen werden, was nicht zur Verfügung steht. Dann müsste das die Stadt von vornherein zahlen und hier besteht die Möglichkeit, dass dies durch die Legung von Leitungen o.ä. durch Dritte gleich mitgemacht wird. Dann kann auch damit gelebt werden, dass evtl. Asphaltdecken an einigen Stellen etwas dunkler oder heller sind.

Das Dilemma wird immer bestehen, wenn nur für einen Teil Fördermittel zur Verfügung stehen und der Rest aus Eigenmitteln nicht finanziert werden kann.

**Herr Aldag** bat um Abstimmung des Antrages, sodass **Herr Raue** zur Abstimmung aufrief.

**Abstimmungsergebnis skE:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Abstimmungsergebnis Strä:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Die Geh- und Radwege entlang des Böllberger Wegs werden in den Abschnitten, in denen die Stadtbahnprogrammmaßnahmen Böllberger Weg Süd/Südstadtring West umgesetzt wurden, im Rahmen einer Instandhaltungsmaßnahme saniert. Die Umsetzung der Sanierung ist mit der HAVAG abzustimmen, wenn es sich um die Beseitigung von Beschädigungen durch Baumaßnahmen handelt.

**zu 5.2      Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufbau eines  
Energiemanagementsystems  
Vorlage: VII/2022/04994**

---

**Herr Aldag** führte in den Antrag ein und begründete diesen.

**Herr Zwick** sagte, dass es sich nicht grundsätzlich um einen neuen Vorschlag handelt, da die Verwaltung bereits im Januar 2019 versucht hat, einen systemischen Ansatz hierfür zu finden. Dies ist auch als Maßnahme 30 im kommunalen Klimaschutzkonzept zu finden, dass man sich dem Thema der Einrichtung eines Energiemanagements widmet.

Bisher war das Problem, dass keine finanziellen Mittel für Personal, die Arbeitsplatzausstattung und die technische Ausrüstung zur Verfügung stand. Wenn man den Ausführungen des Deutschen Städtetages folgt, würde für die Stadt Halle ein personeller Ansatz von ca. 5 Personen für den Aufbau eines qualifizierten Energiemanagements benötigt werden, inklusive der entsprechenden Ausstattung.

Die Verwaltung hat dies damals in der Beigeordnetenkonferenz als Vorschlag eingebracht, mit dem Hinweis, dass entsprechende Mittel benötigt werden, welche über Einspareffekte kompensiert werden können.

Die Verwaltung würde nicht dem Vorschlag, wie im Begründungstext des Antrages beschrieben, folgen wollen, dass das Energiemanagement einem bestimmten Fachbereich zugeordnet werden soll. Es gibt verschiedene Immobilien, die in verschiedenen Fachbereichen betreut werden, deswegen sollte das Energiemanagement eher übergeordnet über die Verwaltung wirken können.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Raue** zur Abstimmung auf.

**Abstimmungsergebnis skE:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Strä:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Energiemanagementsystem (EnMS) aufzubauen und dem Stadtrat bis zum 3. Quartal 2023 einen Plan zur Einführung ab dem Jahr 2024 vorzulegen. Fördermöglichkeiten durch Land und Bund werden diesbezüglich geprüft und entsprechende Antragstellungen realisiert.

**zu 5.3 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Qualifizierung des „Integrierten Dürreschutzkonzepts“, hier: Klimaangepasste Grünflächenpflege  
Vorlage: VII/2022/04853**

---

**Frau Jacobi** führte in den Antrag ein und begründete diesen.

**Herr Raue** teilte die Ansicht, sah aber keine Notwendigkeit für einen Antrag, da er davon ausgeht, dass die Verwaltung weiß, wie dies entsprechend umzusetzen ist. Er bat die Verwaltung um Stellungnahme.

**Herr Johannemann** sagte, dass seit Jahren eine Anpassung zu den Mähintervallen erfolgt und diese ständig angepasst werden. Da dies bereits praktiziert wird, sah er keine

Notwendigkeit für eine Beschlussfassung hierzu.

**Herr Raue** sah den Antrag für erledigt an und fragte deswegen, wie die Antragsteller hier weiter damit umgehen wollen.

**Frau Jacobi** sagte, dass, auch wenn es gelebte Praxis ist, dies festgeschrieben werden kann. Dies soll auch über die Wahlperiode hinaus weiterhin erfolgen.

**Herr Scholtyssek** sah dies ebenfalls als erledigt an.

Kritisch sah er, dass die Erstellung des geforderten Dürreschutzkonzeptes nach wie vor nicht erfolgte. Dies führt dazu, dass immer wieder solche Anträge gestellt werden.

Er bat Frau Jacobi dies als erledigt zu erklären, da er ansonsten einen entsprechenden Geschäftsordnungsantrag stellen wird. Da Frau Jacobi dazu keine Erklärung abgab, stellte **Herr Scholtyssek** den GOA auf Erledigung.

**Herr Raue** rief zur

**Abstimmung des GOA:** **mehrstimmig zugestimmt**

Damit wurde der Antrag in diesem Ausschuss für erledigt erklärt.

**Abstimmungsergebnis:** **erledigt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, den vorliegenden Erarbeitungsstand des „Integrierten Dürreschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)“ ([VII/2021/02129](#)) um ein Handlungsfeld „Klimaangepasste Grünflächenpflege“ zu ergänzen – mit der Zielstellung, die Resilienz der städtischen Grünflächen gegenüber Trockenheit, Hitze und Starkregen zu erhöhen. In Verbindung damit soll eine Evaluation der Mähintervalle erfolgen.
2. Die Fortschreibung des Dürreschutzkonzeptes soll dem Stadtrat im September 2023 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.
3. Die im neuen Handlungsfeld „Klimaangepasste Grünflächenpflege“ identifizierten Maßnahmen werden anschließend in das Grünflächenpflegekonzept der Stadt Halle (Saale) ([VII/2020/01096](#)) eingearbeitet.

**zu 5.4 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erstellung einer Potenzialanalyse zur Nutzung von Abwärme von Rechenzentren  
Vorlage: VII/2022/04991**

---

**Frau Jacobi** führte in den Antrag ein und begründete diesen. Sie fragte, ob es bereits Abstimmungen mit der EVH gegeben hat.

**Herr Rebenstorf** sprach an, dass im Planungsausschuss mit Frau Winkler abgesprochen wurde, dass der Antrag geändert und hier eingebracht wird. Im Planungsausschuss wurde hierzu nur beraten, aber nicht abgestimmt.

**Frau Jacobi** sagte, dass der Antrag nur um die Einwerbung von Fördermitteln ergänzt werden sollte, was noch nicht erfolgte. Sie fragte dennoch, wie weit die Abstimmung mit der EVH gediehen ist.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass die Verwaltung nicht weiß, wie mit diesem Antrag umgegangen werden soll und deswegen liegt auch noch keine Stellungnahme vor, da die Diskussion hierzu abgewartet werden sollte. Im Planungsausschuss ist man hierzu auch nicht weiter - gekommen.

**Herr Zwick** sagte, dass es in der Stadt zwei Rechenzentren gibt, die diesem Begriff gerecht werden. Die GISA betreibt das Größte, darauf hat die Stadt keinen Zugriff. Die GISA hat ein Umwelt- und Energiemanagementsystem und ist als Rechenzentrum zertifiziert. Das zweite Rechenzentrum betreibt die ITC und dieses ist nach dem Hochwasser an der Spitze in der Dieselstraße neu errichtet worden.

Wenn man sich dem Antrag widmen würde, würde sehr viel Energie in eine Kleinteiligkeit gesteckt werden, die es schwierig macht, verwertbare Ergebnisse zu erzielen. Die ITC wird sicherlich prüfen, inwieweit dort an dem Standort eine Abwärmenutzung möglich ist.

Stadtweit kommt das Thema Abwärme und auch Abkälte im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung ohnehin auf den Prüfstand. Dann wird auch nicht nur ein Rechenzentrum, sondern auch Industrie, Gewerbe etc. angeschaut. Dafür laufen momentan die Vorbereitungen für Fördermittelanträge. Es gibt einen Fördermittelantrag, welcher sich speziell mit der Fernwärme beschäftigt, dieser wurde gestellt und die Entscheidung hierzu ist noch offen. In ca. 14 Tagen gibt es einen Termin mit der neuen Bundesstelle Kommunale Wärmeplanung, welche ihren Sitz hier in Halle hat.

**Herr Schied** sprach an, dass er im Planungsausschuss die Thematik mit verfolgen konnte. Es geht darum, dass der Punkt 2 an 1. Stelle gesetzt werden soll und einen Prüfauftrag zu formulieren. Es soll erstmal geprüft werden, ob Fördermittel eingeworben werden können. Da der Antrag inhaltlich überarbeitet werden sollte, was bisher nicht erfolgte, plädierte er auf eine Vertagung.

Durch **Herrn Krause** wurde darauf verwiesen, dass ab 2026 Rechenzentren nur noch mit grünem Strom betrieben werden sollen, so dass hier ein gesetzlicher Regulierungsrahmen mit alternativen Quellen kommen wird.

**Frau Krischok** sprach an, dass die Wärmeplanung ohnehin verpflichtend sein soll. Sie sagte, dass im Planungsausschuss Frau Winkler von drei Rechenzentren gesprochen hat, da war auch die MLU, Uniklinik dabei. Sie bat hierzu um eine Aussage.

**Herr Zwick** antwortete, dass die kommunale Wärmeplanung gesetzlich nicht vorgeschrieben, sondern auf freiwilliger Basis ist. Es gibt einen Gesetzentwurf, welcher die Kommunen hierzu verpflichten soll. Die Stadt Halle würde dem gern zuvorkommen, da momentan auf die kommunale Wärmeplanung 100 % Fördermittel aus der Kommunalrichtlinie für finanzschwache Kommunen zur Verfügung stehen. Wenn dies zur Pflichtaufgabe wird, sind Fördermittel nicht mehr möglich.

Auf die Frage zur Anzahl der Rechenzentren erwiderte **Herr Zwick**, dass es nur die zwei genannten Rechenzentren gibt, alles andere sind nach dem Definitionsbegriff eher Technikräume, als Rechenzentren.

**Frau Jacobi** dankte für die Informationen und nimmt dies zur Verständigung in der Fraktion mit und vertagte den Antrag ihrer Fraktion.

**Abstimmungsergebnis:**

**vertagt**

## **Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf dem Stadtgebiet vorhandene Potenziale zur Nutzung von Abwärme von Rechenzentren zu ermitteln und dem Stadtrat im 4. Quartal 2023 zur Kenntnis zu geben. Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu untersuchen:
  - a. Möglichkeiten der Einbindung in das bestehende Fernwärmenetz
  - b. Aufbau von Nahwärmenetzen
  - c. Flächen und Liegenschaften, die sich als Standort für ein Rechenzentrum eignen würden
2. Die Stadtverwaltung prüft, ob für die Erstellung der Potenzialanalyse Fördermittel über das Bundesprogramm für effiziente Wärmenetze (BEW) beantragt werden können.

## **zu 6            Mitteilungen**

---

### **zu 6.1        Information zur Stellungnahme des Waldbeirates zur Bewirtschaftung der Halleschen Wälder Vorlage: VII/2022/05010**

---

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 6.2        Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2022/05066**

---

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

## **zu 7            Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 7.1        Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Fahrradständern am Riebeckplatz Vorlage: VII/2022/05056**

---

Die Anfrage und Antwort lagen zur Kenntnisnahme vor.

**Herr Krause** sprach an, dass in der Frage es um einen Ratsbeschluss zu 50 Stellplätzen geht, wovon lt. Rückmeldung der Verwaltung 12 Stellplätze umgesetzt wurden. Er fragte, wo die anderen 38 Stellplätze bleiben und wann diese kommen. Außerdem sprach er an, warum nicht eine Fläche, die näher am Bahnhof liegt, dafür genutzt wurde.

**Herr Rebenstorf** sprach an, dass es die Diskussion zum Abstellen von Fahrrädern im Rondell gab. Dem ist die Verwaltung nachgekommen. Er verwies darauf, dass demnächst einige Baustellen im Bereich des Hauptbahnhofes sein werden, da geht es um den Hotelneubau.

Die Entscheidung zum Zukunftszentrum wird im März fallen, dies muss auch noch abgewartet werden. Es wird noch ein Abwägungs- und Satzungsbeschluss und B-Plan

kommen. Dann wird der gesamte Umgriff zwischen dem Hotel und den Bahnanlagen als Baustellenanlage benötigt. Deswegen macht es keinen Sinn, dass dort irgendwelche Anlagen installiert werden. Bekannterweise wird auch der gesamte Übergang zwischen dem neuen Hotel und der Delitzscher Straße ist, völlig umgestaltet werden. Das war Bestandteil des Wettbewerbes.

**Herr Krause** fragte, ab wann damit zu rechnen ist.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass vieles mit der Bewerbung Zukunftszentrum zusammenhängt. Sobald die Richtung im März bekannt ist, wird eine Information erfolgen.

**Herr Schied** sprach an, dass es damals einen SPD-Antrag gab und seine Fraktion dazu einen Änderungsantrag gestellt hatte, in welchem die 50 Fahrradständer aufgenommen wurden. Es ging vor allem um die Situation am Hauptbahnhof, aber auch darum, dass die mobilen Fahrradständer auch später für Veranstaltungen genutzt werden. Deswegen fragte er, ob 50 mobile Fahrradständer perspektivisch angeschafft wurden, um die Situation für Fahrradfahrer zu entschärfen.

**Herr Rebenstorf** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

---

**zu 7.2      Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Toiletten am Hallmarkt**  
**Vorlage: VII/2022/05055**

---

Die Anfrage und Antwort lagen zur Kenntnisnahme vor.

---

**zu 7.3      Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Hindernissen für**  
**Rollstuhlfahrer:innen in der Stadt**  
**Vorlage: VII/2022/05054**

---

Die Anfrage und Antwort lagen zur Kenntnisnahme vor.

---

**zu 7.4      Herr Aldag zur Erstellung Klimabilanz durch Stadtwerke**

---

**Herr Aldag** erwähnte die Präsentation der Stadtwerke, zu welcher es die Aussage gab, dass eine Klimabilanz erstellt wird. Wann erfolgt diese und durch wen? Dies sollte dann in einem Klimaleitbild mit eingebaut werden.

**Herr Zwick** antwortete, dass im I. Halbjahr 2023 die CO<sub>2</sub> Bilanz aktuell erstellt wird, welche immer fortgeschrieben wird. Es gibt immer ca. 3,4 Jahre Rücklauf zu allen Daten. Diese Bilanz wird präsentiert, bevor es in die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes geht.

**Herr Aldag** fragte, wo er die CO<sub>2</sub> Bilanz lesen kann, woraufhin Herr Zwick erwiderte, dass diese Bilanz immer im Klimaschutzkonzept veröffentlicht wird und die Grundlage für die Planung der Maßnahmen ist und diese wird alle 5 Jahre erstellt. Deswegen wird diese Bilanz jetzt aktualisiert.

**Herr Bürger** ergänzte, dass für den Bereich der Gebäude, der technischen Anlagen und des Fuhrparks dies über seinen Bereich erfolgt. Es erfolgt ein Rücklauf mit Trianel, sodass dann die ersten Daten vorliegen, die entsprechend kommuniziert werden können.

#### **zu 7.5 Herr Aldag zu Sondernutzungen von Fahrzeugen auf Weihnachts/Wintermarkt**

---

**Herr Aldag** sprach an, dass auf dem Weihnachts-/Wintermarkt hinter etlichen Buden Fahrzeuge (Pkw und Transporter) abgestellt worden sind. Gab es hierfür eine Sondernutzungsgenehmigung und für welche Fahrzeuge?

**Herr Teschner** lässt dies prüfen und sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 7.6 Herr Aldag Lärmpegel Weihnachtsmarkt**

---

**Herr Aldag** fragte zum Lärmpegel auf dem Weihnachtsmarkt nach; gibt es hierzu Vorschriften und werden diese auch geprüft.

**Herr Teschner** antwortete, dass der Lärmpegel im normalen Level lag, wie Messungen ergeben haben.

#### **zu 7.7 Herr Krause zu Emissionsergebnissen Campus**

---

**Herr Krause** fragte zu den Evaluationsergebnissen zu dem Kreisel am Campus mit den 40 Ampeln. Ist die Sinnhaftigkeit dieser Teststrecke evaluiert worden und welche Kosten gibt es hierzu? Er fragte gleichfalls zu der Evaluation Nachfrage Verkehrsaufkommen optimierte Modellstrecke nach, diese Frage hat er in der letzten Sitzung bereits gestellt.

**Herr Bürger** sagte, dass die Antwort der Stadt vorliegt, welche in der letzten Sitzung auch in Session hinterlegt worden ist.

#### **zu 7.8 Herr Krause zu nächtlicher Lärmpegel Alarmanlage Autos**

---

**Herr Krause** sprach an, dass ihm aufgefallen ist, wie laut angehende Alarmanlagen von Autos in der Nacht sind. Deswegen fragte er, ob der Lärmpegel hierzu bekannt ist und im zumutbaren Bereich liegt.

**Herr Teschner** antwortete, dass es sich nicht um ruhestörenden Lärm handelt, wenn diese bei einem Einbruch angeht. Dann erfüllt diese ihren Zweck. Sollte es im Wohngebiet aus unerklärlichen Gründen erfolgen, könnte dies durch eine Abschleppmaßnahme beendet werden.

#### **zu 7.9 Frau Krischok zu Reparaturen auf Markt und Wochenmarkt Neustadt**

---

**Frau Krischok** fragte, welche Vorbereitungen für Reparaturleistungen auf dem Marktplatz und Wochenmarktplatz Neustadt erfolgt.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass für die Reparaturen an Verkehrsoberflächen, Senkelekranten Rahmenverträge vorliegen. Aktuelle Schäden sind erfasst worden. Angebote für die Reparaturen wurden durch die entsprechenden Firmen erstellt. Wenn der Haushalt genehmigt wurde, erfolgt die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen.

#### zu 7.10 **Frau Krischok zu Gutachten Dölauer Friedhof**

---

**Frau Krischok** fragte, ob das Gutachten zum Dölauer Friedhof in Auftrag gegeben wurde. Wenn ja, wann wird ein Ergebnis vorliegen, wenn nein, warum nicht.

**Herr Johannemann** informierte, dass die Abstimmung mit dem Fachbereich 24 erfolgte und die Erstellung eines Gutachtens angeschoben wurde.

Daraufhin fragte **Frau Krischok**, ab wann, worauf **Herr Johannemann** zusagte, sich zu erkundigen.

#### zu 7.11 **Frau Krischok Stand Orgacid**

---

**Frau Krischok** fragte zum aktuellen Stand Orgacid-Gelände nach.

**Die Verwaltung** wird hierzu informieren.

#### zu 7.12 **Herr Schied zur Ampelkreuzung Reileck**

---

**Herr Schied** sprach nochmals die Situation der Ampelkreuzung am Reileck an. Wie er mehrfach beobachtete, ist die Ampelphase nicht günstig, da Autos noch die Straße überqueren, wenn die Fußgänger bereits bei Grün loslaufen können.

**Herr Teschner** schlug diesem vor, sich das gemeinsam vor Ort anzuschauen, welchem **Herr Schied** zustimmte.

#### zu 7.13 **Herr Doege Blaulichtanteil auf Tierwelt**

---

**Herr Doege** sagte, dass er gelesen hat, dass der Blaulichtanteil auf die Tierwelt Einfluss nehmen kann. Er fragte, ob der Blaulichtanteil in seiner Wirksamkeit auf die Tierwelt in Natur- und Landschaftsschutzgebieten berücksichtigt wird.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### zu 7.14 **Herr Doege ungenutzte Fahrräder am Hauptbahnhof**

---

**Herr Doege** fragte zu den am Hauptbahnhof abgestellten Fahrrädern und den Umgang dazu nach. Hierbei erwähnte er, dass in Berlin der Ordnungsbereich hierzu tätig wird und diese

dann nach gewisser Zeit entfernt. Er fragte, ob vorstellbar ist, dies in Halle ebenso zu händeln.

**Herr Teschner** sagte, dass er prüfen lässt, was hierzu in Berlin erfolgt. **Herr Doege** wird den entsprechenden Link zu der Information an Herrn Teschner weiterleiten.

#### **zu 7.15 Herr Streckenbach zum Einsatz mobiler Hochwasser-Schutzanlagen in Planena**

---

**Herr Streckenbach** fragte zum Einsatz der mobilen Hochwasserschutzsysteme in Planena nach. Die Verwaltung hatte im Dezember hierzu zwei Antworten gegeben. Daraus ergibt sich die Frage: Wie ist es möglich 800 Bigpacks schnell zu befüllen und dort zum Einsatz zu bringen und damit verbunden, ob die Möglichkeit besteht, dort auch andere Systeme zum Einsatz zu bringen. Wie soll die Lücke gefüllt werden zwischen den 250 m und den fehlenden 550 m? Werden hier keine Pumpen benötigt?

**Herr Teschner** antwortete, dass das für Planena geschaffene Hochwassersystem in der Lage ist, die Auswirkungen eines Hochwassers zu mildern. Die letzten Prognosen, die vom Landesamt immer kamen, haben auch gestimmt. Es wird davon ausgegangen, dass bei einem Hochwasser mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen der Stand relativ niedrig gehalten werden kann. Wasser sucht sich immer seinen Weg, auch unterirdisch. Auch die Bigpacks werden nie verhindern, dass Wasser nicht in den Ort kommt. Es stehen über 80 Pumpen zur Verfügung, die im Stadtgebiet und so auch in Planena eingesetzt werden können. Eine Abmilderung ist möglich, eine gänzliche Verhinderung wird nie möglich sein. Dies hängt auch davon ab, wie hoch wird das Hochwasser und wie lange hält dies an.

**Herr Streckenbach** sagte, dass er davon ausgeht, dass ggf. nachgesteuert wird, wenn gemerkt wird, dass diese Variante unter Umständen problematisch ist.

**Herr Teschner** erwiderte, dass das Bauvorhaben vom Land abgelehnt worden ist und dies jetzt die städtische Maßnahme ist.

**Herr Johannemann** sagte, dass dies sicher nicht die ideale Lösung, sondern ein Kompromiss ist, um etwas anzubieten, um dort Auswirkungen zu mildern. Das Problem in Planena ist, dass zeitig Wasser ansteht, wenn in Halle noch kein Hochwasser ist. Es müsste eine derart präzise Vorhersage bestehen, um zu wissen, ab wann wird das System aufgebaut. Es ist sehr Riskobehaftet, da eine Entscheidung zu treffen, wann aufgebaut werden soll, dass dies auch vertreten wird.

Im Jahr 2017 wurde dies bei einer Bürgerversammlung vorgestellt. Dort ist ein ganz anderer Wasseranstieg als in der Stadt selbst, dies ist schwer einschätzbar.

#### **zu 7.16 Frau Jacobi zu Baumpatenschaften**

---

**Frau Jacobi** hatte gelesen, dass ab 2023 die Möglichkeit besteht, sich online als Baumpate bewerben zu können und fragte, ab wann das Angebot Baumpatenschaften Online zur Verfügung steht.

**Die Verwaltung** wird dies schriftlich beantworten.

#### zu 7.17 Frau Jacobi zu Gummimatten Unfällen

---

**Frau Jacobi** sagte, dass die sachkundige Einwohnerin ihrer Fraktion auf Gummimatten auf dem Marktplatz ausgerutscht ist, welche zur Abdeckung der goldenen Platten auf dem Marktplatz, insbesondere zum Weihnachtsmarkt, dienen. Sie fragte, ob hierdurch Unfälle bekannt sind und wenn ja, wie viel. Gibt es Alternativen zur Abdeckung dieser Platten?

**Die Verwaltung** wird dies schriftlich beantworten.

#### zu 7.18 Herr Aldag zur Anwendung neues Verkehrsschild 227.1

---

**Herr Aldag** sprach an, dass es ein neues Verkehrsschild seit dem 01.01.2023 zum Überholverbot von Zweirädern, hier Verkehrsschild 227.1 gibt. Er fragte, ob und wo dieses bereits Anwendung in der Stadt findet.

**Herr Teschner** sagte, dass dies bekannt ist und wenn Bedarfe sichtbar werden, reagiert wird.

#### zu 7.19 Herr Raue zur Jugendkriminalität

---

**Herr Raue** fragte zur Situation Jugendkriminalität in der Stadt nach.

**Herr Teschner** regte an, hierzu die Polizei in den Ausschuss einzuladen.

**Herr Raue** nahm die Anregung auf und sagte, dass dies zur nächsten Sitzung erfolgen sollte.

#### zu 8 Anregungen

---

Es gab keine Anregungen,

**Der Ausschussvorsitzende, Herr Raue**, beendete die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

---

Alexander Raue  
Ausschussvorsitzender

---

Uta Rylke  
stellvertretende Protokollführerin